

JOHANNES M. BECKER

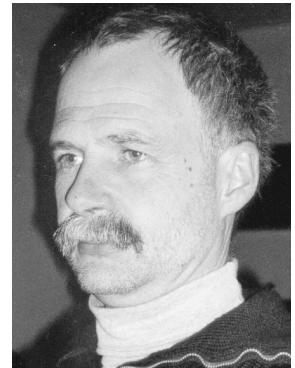
»Dieses Land haben
sie noch nicht erobert ...«

Kuba – Modell für Entwicklungsländer oder Fossil?

Die karibische Republik Kuba bleibt in der politischen Diskussion wie auch in den Medien präsent, und das Land wie seine Regierung machen keine schlechte Figur dabei. Ob nun Staatschef *Castro* im April 2000 die erste Konferenz der ›G 77-Staaten‹ in Havanna begrüßt und damit an die führende Politik seines Landes in der Bewegung der Blockfreien anzuknüpfen hofft, ob nahezu das gesamte Land zur gleichen Zeit in der Affäre um den Schuljungen Elián hinter der kompromißlosen Haltung seiner Regierung steht, ob es derzeit in den USA ernsthafte Debatten um einer Lockerung des Handelsembargos gegenüber Kuba geht, auch hier hatte die Regierung in Havanna keine Zugeständnisse gemacht – die kleine karibische Republik läßt nur wenige politische Beobachterinnen* und Beobachter unbeteiligt (von der weitgehend kultur- und erlebnisorientierten Kuba-Euphorie¹ in weiten Teilen der weniger politischen Öffentlichkeit gar nicht zu reden). Zuletzt belebte der Schultersehluß zwischen *Castro* und *Hugo Chávez*, dem Präsidenten von Venezuela, die politischen Diskussionen.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte ich nun bereits mehrere Male an einer Wirtschaftsakademie der Bundesrepublik: Am Ende einer längeren Lehreinheit vor Studierenden aus lateinamerikanischen Ländern fragte ich nach ihrer persönlichen Beurteilung Kubas. Die Antworten waren – für mich zunächst überraschend – durchweg positiv. Offene wie versteckte Anerkennung war zu verspüren; der Informationsstand über die kubanische Wirtschaft und Politik war recht hoch. Das Ergebnis meiner kleinen Umfrage beeindruckt mich jedesmal aufs neue um so mehr, als die große Mehrheit der Studierenden, allesamt dem Führungspersonal großer Unternehmen zugehörig oder Regierungsbeamte ihrer Länder, sich politisch als eher konservativ verortet. Als Begründung wurde und wird durchgängig erklärt, daß Kuba und seine Regierung nach wie vor über ein hohes Maß an Souveränität verfügen, daß sie »die Yankees noch nicht im Haus« haben. Ein persönlich bekannter tunesischer Wissenschaftler schließlich stellte – der ebenfalls nach seiner Sicht der Dinge gefragt wurde – sogleich das Geflecht USA – Kuba in den Kontext seiner Antwort, als er spontan sagte: »Dieses Land haben sie noch nicht erobert ...«

Taugt das unverändert sozialistischen Prinzipien verbundene Kuba, das von den USA nach wie vor in der Reihe der ›Schurkenstaaten‹ aufgelistet wird, das von der bundesdeutschen Administration Kohl lange Jahre entwicklungspolitisch ignoriert wurde und das schon vielfach, zuletzt nach dem Beginn des »período especial«, ökonomisch und politisch totgesagt ist – in einer Zeit, in der die Kluft zwischen sogenannten



Johannes M. Becker – Jg. 1952; PD Dr., Privatdozent für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und Dozent an der Fachhochschule für Technik in Reutlingen. Mitbegründer der Friedensforschung an der Marburger Universität, in deren Rahmen in den vergangenen Jahren auch Fahrradtransfers nach Kuba organisiert wurden.

Dieser Aufsatz basiert auf dem Studium der nationalen wie internationalen Presse, auf Beobachtungen bei einer Reihe von Reisen meinerseits beziehungsweise meines Freundes und Kollegen *Holger Probst* sowie schließlich auf den Arbeitsergebnissen unserer Studierenden in den Hauptseminaren der Jahre 1997 bis 2000 an der Philipps-Universität Marburg. Als sozialwissenschaftliche Grundlagenliteratur werden die Werke von Hans Jürgen Burchardt: »Kuba – Im Herbst des Patriarchen«

(1999); Leo Burghard, Klaus Huhn: »Das Wunder Kuba« (1999) oder auch die zahlreichen Beiträge von Bert Hoffmann – exemplarisch »Neuere internationale Literatur zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung in Kuba«, in: Lateinamerika – Analysen, Daten, Dokumentation, Nr. 31 (1997) empfohlen. Foto: privat

* Die Redaktion von UTOPIE kreativ hält auch gegen den ausdrücklichen Wunsch des Autors am Schreibkonservatismus fest. Auch wenn bei Begriffen, die große Personengruppen unterschiedlichen Geschlechts umfassen, die zweifelhafte Schreibneuerung des »aufstürzenden ›I« nicht angewandt wird, sind natürlich immer dort, wo Personen unterschiedlichen Geschlechts betroffen sind, auch beide Personengruppen gemeint. Die Höflichkeit gebietet es zudem, daß – in Gedanken – die weiblichen Gruppenmitglieder immer zuerst gemeint sind.

1 Vgl. hierzu Johannes M. Becker: Zigarren, Rum und Sozialismus, in: junge Welt vom 27. September 2000 (Kuba-Beilage).

›entwickelten‹ und ›weniger entwickelten‹ Ländern von Monat zu Monat spürbar größer wird, in der der allumfassende Markt, der entfesselte Kapitalismus, Schwachen immer weniger Chancen zu geben scheint, als *Modell für Entwicklungsländer*?

Kuba – Sozialdemographie im internationalen Vergleich

Am Beginn einer Antwort auf die eben genannte kardinale Frage sollten einige zentrale Daten zur sozialdemographischen und politischen Einordnung des Landes stehen.

Auf einer Fläche von 111.000 km² (auf der Hauptinsel und den vielen kleinen Inseln) leben ca. 11 Millionen Einwohner (52 Prozent Mulatten, 37 Prozent Weiße, 11 Prozent Schwarze). In Havanna leben zirka 2,2 Millionen, in Santiago de Cuba 450.000 Menschen; 76 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in Städten über 2.000 Einwohner. Das Bevölkerungswachstum liegt derzeit bei zirka 0,9 Prozent.

Der Zugang zum öffentlichen Gesundheitsdienst und zu sauberem Wasser ist für nahezu alle Bewohner gewährleistet, was für Lateinamerika durchaus keine Selbstverständlichkeit ist (entsprechende Daten liegen für Kolumbien und Mexiko zwischen 70 und 80, für Nicaragua bei 60 Prozent). Auch die Einschulungsquote liegt vergleichsweise hoch, bei weit über 90 Prozent.

Hinsichtlich der internen sozialpsychologischen Situation kann die erwachsene Bevölkerung grob zweigeteilt werden. Das sind zum einen die 15- bis 30jährigen, die fürchten, bei Fortdauer der eingeschränkten materiellen Lebensverhältnisse um ihre Jugend und um ihre Zukunft, um das gute, »normale« Leben, das Kuba bis zum Beginn der neunziger Jahre kannte beziehungsweise von dem sie in ihrer Kindheit geträumt haben, gebracht zu werden. Sie wollen teilweise leben wie die Exil-Kubaner in Miami (oder wie zumindest ein beträchtlicher Teil von ihnen) oder wie die Touristen, mit denen sie in Kontakt kommen. Die Jugend Kubas interessiert der (überwiegend) *positive* Vergleich der Lage ihres Landes mit den übrigen Staaten Lateinamerikas verständlicherweise überhaupt nicht.

Auf der anderen Seite spricht die ältere Generation von der »andauernden Revolution«. Die Alten erinnern sich sehr wohl der Armut der Batista-Zeit beziehungsweise des Aufbaus des Sozialismus à la Cubana in den siebziger Jahren. Diese Menschen (wie auch die politisch bewußten Jüngeren) scheint die Helms-Burton-Politik der USA stärker zusammenzuschweißen, als daß sie (wie angestrebt) eine soziale Konterreolution beförderte. Die Frage ist, wie lange dieser identitätsstiftende Stimulus »trägt« ...

Eine besondere Rolle spielt auch die Multiethnizität der Bevölkerung Kubas. Offene Rassendiskriminierung ist im Vergleich mit anderen Ländern wenig ausgeprägt. Am ehesten findet sich eine abschätzige Haltung gegenüber ›Schwarzen‹. Diese sind zum einen weitgehend von Dollar-Überweisungen aus Miami ausgeschlossen (es waren überwiegend die weißen Privilegierten, die beim Sieg der Revolution das Land verließen) und scheinen überdurchschnittlich oft in informelle Sektoren (Jineterismo – die kubanische Variante von Prostitution, Schwarzmarkt, Drogenhandel) und damit in eine relative Marginalität abgedrängt zu werden. Auf der anderen Seite trifft man immer wieder insbesondere auf Schwarze, die entweder die Zeit vor der Revolution erinnern oder

außerordentlich gut über die aktuellen Verhältnisse in den USA oder auch Frankreich informiert sind. Diese Schwarzen hängen besonders an der Revolution, an einem Fortbestehen der derzeitigen Verhältnisse.

Historisches

Bekanntlich wurden Kuba und seine indianischen Bewohner 1492 durch *Kolumbus* (und mindestens einen Koch) ›entdeckt‹. Die Insel selbst wurde 1512 von *Velázquez* in Besitz genommen, womit die Ausrottung der indigenen Bevölkerung beginnt. Nach 1522 werden auf Grund des drastischen Bevölkerungsrückgangs Sklaven aus Afrika ›importiert‹. Die Insel wird der weltgrößte Zuckerexporteur. Nach mehreren Sklavenaufständen (zum Beispiel 1812) wird 1880 die Sklaverei abgeschafft; die Sklaven bleiben allerdings bis 1886 ihren Herren unterstellt. Von 1868 bis 1878 verheert der erste Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialherrschaft das Land – er scheitert.

Der Zweite Unabhängigkeitskrieg (1895 – 1898) scheitert (unter *José Martí*) – zunächst – ebenfalls. Jedoch greifen die USA 1898 in den Unabhängigkeitskrieg ein, und Spanien tritt Kuba an die USA ab. Die neue Verfassung von 1901 sieht zwar den Abzug der US-Truppen vor, gesteht den USA jedoch ein uneingeschränktes Interventionsrecht zu. Dieses wird 1934 aufgehoben, der Stützpunkt *Guantanamo* bleibt jedoch – er wird 1903 für 99 Jahre an die USA abgetreten. 1902 wird Kuba formell unabhängig, obwohl die Regierung einem US-Militär-gouverneur unterstellt bleibt. Die Insel degeneriert zwischen 1902 und 1959 zum »Bordell der USA«.

Im Juli 1953 greifen die Rebellen um *Fidel Castro* die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba an. Die Aktion schlägt fehl, viele der Kämpfer werden getötet. *Castro* selbst wird inhaftiert. Nach einer Amnestie geht er 1955 nach Mexiko. Im Dezember 1956 beginnt der Guerillakampf und nach der Landung der *Granma* (mit *Castro*, *Guevara*, *Gomez* etc.) die Revolution, die am 1. Januar 1959 siegt. Nach der Kapitulation *Batistas* wird Kuba ›Sozialistische Republik‹; es folgen eine Bodenreform und die weitgehende Zurückdrängung des Privateigentums. Nach kurzer Zeit beginnt eine umfassende Alphabetisierungskampagne.

Nach der Gewährung der Ausreiseerlaubnis verlassen ca. 500.000 ›Konterrevolutionäre‹ Kuba, von denen einige im April 1961 in der Schweinebucht eine (vom CIA unterstützte) Intervention versuchen. Erst nach dem Wirtschaftsembargo der USA gegen Kuba (1960) vollzieht sich die Hinwendung zur UdSSR und zum *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW/COMECON). Das Embargo trifft Kuba in besonderer Weise, da seine Wirtschaft bis 1959 nahezu total von den USA abhängig ist. Dennoch wird Kuba erst 1972 Vollmitglied des RGW.

In den siebziger Jahren entwickelt sich eine erste ökonomische (Versorgungs)Krise, die aus der Überzentralisierung und Bürokratisierung resultiert. Es werden erste Reformversuche durch eine »Politik der wirtschaftlichen Rechnungsführung«, durch die Einführung freier Märkte 1980 und die Legalisierung des freien Verkaufs von Überschußprodukten unternommen. Ansätze einer privatwirtschaftlichen Parallelwirtschaft bilden sich heraus. In den staatlichen Betrieben häufen sich Phänomene wie Unterschlagung, sinkende Arbeitsmoral und ähnliches.

Zeitlich parallel zu Perestrojka und Glasnost in der UdSSR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird in Kuba die entgegengesetzt orientierte Politik der »rectificación« (der »Korrektur von Irrtümern«) eingeleitet, privatunternehmerische Einflüsse sollen zurückgedrängt werden. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und des RGW (1990-1992) setzt in Kuba (zwangsläufig) eine erneute Korrekturbewegung ein. Es beginnt die »período especial en tiempos de paz«. 85 Prozent des Marktes, der Abnehmer wie der Lieferanten, fallen weg; Kredite, Kraftstoffe, Düngemittel und viele weitere Produkte fehlen. Im Gegenzug fordern viele Staaten die Rückzahlung von Krediten beziehungsweise den Ausgleich der Handelsbilanz. Infolgedessen sinkt der Lebensstandard extrem, während gleichzeitig das US-Embargo durch das *Torricelli-Gesetz* ausgeweitet wird.

1993 kommt es zu offenen Unruhen vor allem in Havanna. Daraufhin wird der US-Dollar mit dem Ziel legalisiert, den Schwarzmarkt einzudämmen und die Kriminalisierung vieler Kubaner zu beenden. Trotzdem setzt im Sommer 1994 eine erneute Ausreisewelle von ca. 40.000 Menschen ein, die auf Flößen wiederum nach Miami zu entkommen versuchen. Bemerkenswerterweise weigern sich die USA ab Herbst 1994, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Seit 1995 nun nehmen die USA jedes Jahr 20.000 (ausgeloste) Ausreisewillige aus Kuba auf – im Gegenzug kontrolliert die kubanische Küstenwache die Küsten der Insel und bringt aufgegriffene Flüchtlinge auf die Insel zurück. Die im März 1996 angestrebte erneute Verschärfung des Embargos durch das *Helms-Burton-Gesetz* wird nach der Wiederwahl *Clintons* bis zum Ende seiner Legislaturperiode ausgesetzt.

Im Frühjahr 1997 findet die erste Konferenz der »nicht-Antikommunistischen« Exil-Kubaner in Havanna statt. Und im Frühjahr 1998 besucht der Papst die Insel. Schließlich sprach sich kürzlich der US-Kongreß für die Aufhebung der Beschränkungen beim Export von Nahrungsmitteln und Medikamenten aus. Die Kreditvergabe für derartige Exporte soll jedoch US-Banken weiterhin untersagt bleiben. Die letzte medienträchtige Inszenierung ist die um den Schüler *Elián* und seine Familie um die Jahreswende 1999/2000.

Ökonomie und Sozialpolitik

Grundsätzlich bietet Kuba – naturräumlich gesehen – gute Voraussetzungen für eine entwickelte Landwirtschaft. Große Nickel- und bedeutsamere (allerdings stark schwefelhaltige) Erdölvorkommen erlauben Industrialisierungsansätze.

Die Einbindung in den RGW ab Ende der sechziger Jahre hat Kuba *einerseits* zu einem »Schwellenland« gemacht. *Andererseits* hat die RGW-Mitgliedschaft in Kuba die (Zucker)Monokultur verfestigt – die Grundlage des relativen Reichtums beruhte wesentlich auf dem von den sozialistischen Ländern garantierten stabilen Zuckerpreis.

Nach dem Zusammenbruch des RGW (1992) sinkt das Bruttoinlandsprodukt drei Jahre lang nach kubanischen Quellen (vgl. *Trabajadores* vom 15. Dezember 1997) um insgesamt knapp 40 Prozent.

1992 brechen binnen weniger Monate 85 Prozent der Außenbeziehungen der Ökonomie Kubas zusammen.² Seitdem werden auch keinerlei Ersatzteile mehr geliefert beziehungsweise gekauft. Die Bundesrepublik hat alle Lieferverträge, die Kuba mit der DDR abgeschlossen

2 Diese Wirtschaftskrise wirkt sich um so gravierender aus, als gleichzeitig das mögliche Auffangbecken der »Länder des Dritten Weges« (Konferenz von Bandung/ Nichtpaktgebundene) ebenfalls in Auflösung begriffen ist. Von dieser Seite gibt es also keine Hilfe für Kuba.

hat, nach dem 3. Oktober 1990 nicht weiterverfolgt beziehungsweise nicht eingehalten, besteht jedoch auf der Zahlung der Auslandsschulden Kubas (seit dem Frühjahr 2000 gibt es jedoch Bewegung im deutsch-kubanischen Verhältnis; unter anderem infolge des Besuchs von Ministerin *Wiczorek-Zeul* und diverser Wirtschaftsdelegationen).

Die Folgen der weltpolitischen wie weltwirtschaftlichen Entwicklungen sind angesichts des aktuell niedrigen Preises auf dem Weltmarkt für das kubanische Hauptprodukt (Zuckerrohr) katastrophal. Der Maschinenpark ist im Laufe der neunziger Jahre fast vollständig zusammengebrochen, mit Ochsen und Pferden werden Pflüge und Karren gezogen, die Versorgung mit Düngemitteln ist sehr problematisch geworden. Die Milchproduktion, die wesentlich auf Düngelieferungen aus der Sowjetunion und der DDR beruhte, ist zeitweise um 80 Prozent zurückgegangen.

Zusätzlich geschädigt durch Naturkatastrophen (Dürren und Hurrikane) erreichen 1994 die Einnahmen aus der Zuckerrohrernte mit 600 Millionen US-Dollar nur 15 Prozent der Erlöse von 1990.

»*Período Especial*« – Maßnahmen gegen die Krise

Die zentralen Prinzipien der kubanischen Politik – Aufrechterhaltung des politischen Systems, Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften, Erhalt der nationalen Unabhängigkeit – bleiben in den krisenhaften neunziger Jahren trotz aller Fährnisse unangetastet.

Im einzelnen entwickeln sich folgende Maßnahmen, denen (von Januar bis April 1993) eine breite öffentliche Diskussion innerhalb der Bevölkerung vorausgeht:

In über 100 Berufen wird die Gründung privater Kleinunternehmen (*trabajo por cuenta propia*) zugelassen.

Die Lizenzierung privater Restaurants (als Familienbetriebe) verbessert die Situation ebenfalls.

1993 wird die (bisherige) Schattenwährung US-Dollar freigegeben.³

Mit der Reformierung, das heißt vor allem Dezentralisierung, des 1986 geschaffenen *plan alimentario* (technische Aufrüstung der Landwirtschaft) versucht die Regierung zu Beginn des *período especial* durch den Kauf von 10.000 landwirtschaftlichen Betrieben (damit befinden sich nunmehr 83 Prozent der Landfläche in staatlicher Hand) eine Produktionssteigerung zu erreichen. Der Plan scheitert: Die Flächen sind zu groß, die Maschinen zu rückständig, die aus den Städten geschickten »Erntehelfer« meist unqualifiziert und überdies häufig unwillig. Ab 1993 wird durch diese Dezentralisierung und die Schaffung von eingeschränkt selbstverwalteten Kooperativen (UBPCs) mit geringen Autonomierechten in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Kredit- und Arbeitsmittelbeschaffung eine Korrektur vorgenommen. In den UBPCs herrscht eine – im Vergleich zu vorher – breite Basisdemokratie. Der Staat ist aber nach wie vor zentraler Abnehmer. Die Lage bleibt problematisch: Dünger ist ebenso knapp wie Devisen, aber er wird vor allem beim Tabak eingesetzt. Überdies sind die erzielten Preise sehr niedrig.

Im Laufe der Krisenjahre werden die (privaten Peso)Bauernmärkte gestärkt – die UBPCs dürfen nun 20 Prozent ihrer Überschussproduktion hier absetzen, was die Versorgung eines kleinen Teils der Bevölkerung verbessert hat.

³ Schätzungsweise eine Million Kubanerinnen und Kubaner besitzen zu diesem Zeitpunkt, resultierend aus den Transfers von seiten der Exil-Kubaner, bereits US-Dollar und befinden sich dadurch in einem Zustand der Illegalität.

Die Renaissance des Reisanbaus und der Import von Sojabohnen und -öl (im Tausch gegen Zuckerprodukte) sollen eine gewisse Diversifizierung der Ökonomie einleiten.

Die Regierung stimuliert unter anderem die Züchtung von Süßwasserfisch.

Die Menschen sollen verstärkt zur Eigenversorgung angehalten werden. Neben den eigenen Hausschweinen und Hühnern versucht die Regierung, den Gartenbau zu fördern – unter anderem durch das Schulfach Kleingartenbau, das im Projektunterricht am Nachmittag unterrichtet wird.

Das Land lädt ausländisches Kapital zu *joint ventures-empresas mixtas* ein. Schwerpunkte sind der Tourismus, der Nickelabbau und die Energieproduktion. Die Reintegration Kubas in den Weltmarkt ist das Ziel. In der Folge entwickelt sich unter anderem ein gewaltiges Lohngefälle zwischen dem Binnen- und dem Devisensektor. Ein kleiner Teil der Löhne wird an die Arbeitnehmer in US-Dollar ausgezahlt. Die Peso-Einkommen sind hier überdurchschnittlich.

Kubanischen Unternehmen ist seit 1992 der freie Umgang mit Devisen erlaubt, soweit diese aus der internationalen Vermarktung ihrer Produkte resultieren.

Der Tourismus wird im großen Stil ausgebaut.

1998 schließlich beginnt auch die Möglichkeit der Eigenvermarktung der Produkte durch private Bauern.

International propagiert Kuba nach der erzwungenen Hinwendung zu nicht-sozialistischen Staaten eine »Politik des gemeinsamen Handelns«, man versucht Umschuldungs- oder Entschuldungsinitiativen zu koordinieren, gegenseitige Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (wie zum Beispiel 1997 in Nicaragua) zu leisten. Die Regierung unternimmt den Versuch einer stärkeren Hinwendung zur VR China. Auch Befreiungsbewegungen werden weiterhin unterstützt. Bemerkenswert ist, daß auch im *período especial* niemandem die Wohnung gekündigt wird, weil er die Miete nicht mehr zahlen kann, keine Universität wird geschlossen, kein Krankenhaus, keine Schule, kein Kino. Auch bemerkenswert: Frauen sind von Krisenphänomenen wie Entlassungen etc. nicht stärker betroffen als Männer.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse können sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Seit 1995 erholt sich das Bruttoinlandsprodukt spürbar (1995 um 2,5, 1996 um 7,5 sowie 1997 und 1998 um weitere 2,5 beziehungsweise ein Prozent). Der Zuwachs von 6,2 Prozent im Jahre 1999 resultiert bereits weitgehend aus einer Verstärkung des Tourismus; für 2000 wird eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 4,5 Prozent erwartet. Diese Zahlen sagen allerdings nur die halbe Wahrheit, denn die Erholung erfolgt von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Inzwischen ist es auch gelungen, den kubanischen Peso zu stabilisieren. Sein Kurs liegt heute bei ca. 20:1 zum US-Dollar (1993/94 150:1). Neben dem Dollarbesitz sind nun auch Überweisungen von US-Dollar nach Kuba legalisiert – der Staat erhält dadurch im Devisensektor wieder ein höheres Maß an Kontrolle. Die Rechtssicherheit für Bürger und Staat ist wiederhergestellt.

Positiv an den Erfahrungen des *período especial* – und nur damit kann man das Durchhalten der Bevölkerung erklären (nur noch 40 Prozent der Bevölkerung kennen die sozialen Verhältnisse Kubas vor der

Revolution) – ist vor allem, daß die Gesundheitsversorgung im Lande auch in diesen problematischsten Zeiten aufrechterhalten werden kann, wengleich auf einem technologisch fortwährend schrumpfenden Niveau. Allerdings wird der Mangel, wird die teilweise Armut in Kuba weitgehend sozialisiert.

Eine positive Nebenerscheinung der Abschneidung von RGW und Weltmarkt durch US-Blockade und Devisenmangel sind neue Initiativen bei der Entwicklung der Naturmedizin. Auch das »Projekt Kind« wird weiterverfolgt. Die dezentrale Schulversorgung wird aufrechterhalten, die Milchversorgung ist gestreckt worden – die älteren Schüler erhalten (unpopuläre) Soja-Milch und -Joghurt, der Schulbus ist durch eine unbequeme Lastwagenpritsche ersetzt worden, Saxophonklassen in den Schulen für Musischbegabte werden – aufgrund fehlender Ersatzteile – in Gesangsklassen umgewandelt ...⁴

Seit 1994 bietet Kuba *joint ventures* an, die zögerlich, vor allem von mexikanischen und kanadischen Kapitalen genutzt werden.⁵ Zwar werden die Kontakte zu Spanien durch den Regierungswechsel von *Gonzales* zu *Aznar*, der sich den US-Interessen näher sieht, zunächst zurückgeworfen, aber ab 1998 erfolgt ein vorsichtiger Rückschwenk der spanischen Kuba-Politik. Die EU ist interessiert am dortigen Markt. König *Juan Carlos* (und Premier *Aznar*) besuchen Kuba 1999 im Rahmen der iberoamerikanischen Konferenz. 1997 wird schließlich die erste Freihandelszone eingerichtet – drei weitere sind gefolgt.

Die Steuerverhältnisse für das investierende Kapital können nur traumhaft genannt werden (ein Vergleich mit Irland Anfang der achtziger Jahre drängt sich auf). Es geht um die Beschäftigung der (im Vergleich) hochqualifizierten kubanischen Bevölkerung sowie um die Produktion billiger Konsumgüter auf der wie auch für die Insel.

Zwei Beispiele für den hohen Qualifizierungsgrad einiger Wirtschaftsbereiche ist die Entwicklung des blutdrucksenkenden Natur-Medikamentes *PPG Cholesterol*. Dieses wird von Experten als weltmarktfähig eingestuft. In Kuba ist ebenfalls ein äußerst effektiver Impfstoff gegen Meningitis entwickelt worden. Auch Teile der kubanischen Biotechnologie befinden sich auf Weltniveau – hier wäre der nahe US-Markt natürlich ein Segen. Aber die weltmarktbeherrschenden US-Konzerne verhindern kubanische Erfolge. Immerhin hat Kubas medizinische Industrie Ende 2000 einen Selbstversorgungsgrad von 80 Prozent erreicht.⁶

Weitere Anzeichen einer Trendwende seit 1997

Während des *período especial* fehlt es beinahe an allem. Jedoch leiden nahezu alle, ausgenommen die ersten Dollargewinnler, darunter, und alle versuchen, sich zu behelfen. Die Verschärfungen des US-Embargos von 1961 durch den Torricelli-Act (1992) und das Helms-Burton-Gesetz (1996) haben ein übriges getan. Seit etwa 1997 ist jedoch die Rückgewinnung ökonomischer Gestaltungsmöglichkeiten durch den Staat nicht nur im Bereich des heutigen Hauptdevisenbringers Tourismus sichtbar. So hat sich die enorm wichtige alltägliche *Verkehrsinfrastuktur* verbessert – Busse fahren wieder relativ regelmäßig; für den Personentransport eingesetzte Lastwagen wurden entsprechend ausgerüstet; Wartehäuschen werden (auch auf dem Lande) restauriert; die Versorgung mit Fahrrädern und Rikschas hat sich enorm verbessert.

4 Zum Schul- und Gesundheitswesen:

Beide sind dezentral organisiert, bevölkerungsnah. Auch im letzten pueblo der Sierra findet man eine Schule, das kleine Behandlungszimmer einer Ärztin beziehungsweise eines Arztes oder gar ein kleines (wengleich außerordentlich bescheiden eingerichtetes) Krankenhaus. Ein Netz von Geburtshäusern, in denen sich schwangere Frauen ab der 37. Woche auf ihre Entbindung vorbereiten können, überzieht die Insel. Sie erhalten 100 Prozent ihres Lohnes bis sechs Monate nach der Niederkunft, danach sechs Monate 60 Prozent, dann haben sie noch ein Jahr eine Garantie auf Rückkehr an ihren Arbeitsplatz. In der Krankenstation einer Zuckerfabrik entdecken wir eine kleine Forschungsstation für Naturheilmittel. Ärztin, Arzt und die Helferinnen bemühen sich um die Reaktivierung von altem Wissen. Kuba ist sehr bemüht, das gesamte Land mit Kindergärten zu versorgen.

5 Vgl. Bert Hoffmann (Hrsg.): *Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte*, Frankfurt/M. 1996 (2. erweiterte Auflage).

6 Vgl. das informative Interview des kubanischen Ökonomen und Philosophen *Carlos Tablada* in: *Neues Deutschland* vom 28./29. Oktober 2000.

Verkehrspolitik in Kuba ist derzeit neben der teilweisen Rekonstruktion des Transportsektors vor allem Fahrradpolitik. Diese hat in Havanna immerhin zu einer breiten Radspur entlang des Malecón und anderer Hauptverkehrsstraßen geführt und ist auch in den Oberzentren des Landes (außer in Santiago) unübersehbar. Die Menschen haben das Rad »angenommen« – gezwungenermaßen freilich, denn viele würden lieber mit einem Mofa oder gar Auto fahren. Kuba könnte so zum Muster für die Lösung der Verkehrsprobleme in Agglomerationen der Entwicklungsländer werden.

In letzter Zeit besuchen zahlreiche (auch deutsche) Wirtschaftsdelegationen das Land. Beim Besuch von Ministerpräsident *Stolpe* (Brandenburg) wurde zum Beispiel die Modernisierung der kubanischen Eisenbahn ins Auge gefaßt.

Einige Großbetriebe haben die Produktion wieder aufgenommen. Einige joint ventures, vor allem mit kanadischen und mexikanischen Partnern, sind neu dazugekommen. Im Nickelabbau (in Zusammenarbeit mit einem kanadischen Unternehmen) wurden 1999 11 Prozent, bei Zucker 17 Prozent und bei Tabak 13 Prozent Wachstum erzielt. Die Gehälter in einigen Schlüsselberufen (Gesundheitswesen, Bildung, Polizei) sind – in Pesos – erhöht worden. In vier Freihandelszonen produzierten Ende 1999 fast 300 Firmen (größtenteils aus Spanien, Italien und Kanada). Im Gegenzug zu absoluter Steuerfreiheit und zollfreiem Import und Export erwartet Kuba Beschäftigungsimpulse (ca. 1,5 Prozent der aktiven Bevölkerung), die weitere Qualifizierung von Arbeitskräften, wachsenden Technologietransfer und steigende Nachfrage nach kubanischen Rohstoffen und Industrieprodukten.

Der Zuckerrohranbau ist heute das Sorgenkind der kubanischen Wirtschaft. Er ist weiterhin untermechanisiert (auch infolge der Nichteinhaltung der Lieferverträge der DDR durch die BRD und der UdSSR durch Rußland) und unproduktiv. Die Zuckerproduktion soll jedoch aufrechterhalten bleiben, wobei Flächen stillgelegt werden und unproduktive Zuckerfabriken stillgelegt worden sind; die Anbauflächen zur Deckung des alltäglichen Nahrungsmittelbedarfs hingegen sollen ausgedehnt und intensiviert werden. Seit dem Zusammenbruch des RGW besteht im Export natürlich auch keine Preisgarantie mehr für Zucker. Derzeit, im Sommer 2000, ist der Zuckerpreis um 40 Prozent unter seinen langfristigen Weltmarktdurchschnitt gesunken. Allerdings ist die Produktion in 2000 um weitere sieben Prozent auf stark vier Millionen Tonnen gestiegen.

Im Bereich der stets kritischen Energieversorgung hat Kuba im Laufe der neunziger Jahre die durch den Wegfall der sowjetischen Ölimporte entstandenen enormen Engpässe teilweise überwunden – Ende 1999 beträgt der Selbstversorgungsgrad 50 Prozent. Der oben erwähnte Schulterschuß mit Venezuelas Präsident *Chávez* vom Oktober 2000 wird diesen zentralen Ökonomiebereich weiter entspannen und unter anderem die entwürdigenden Stromsperren für die Bevölkerung beenden.

Neben staatlichen Maßnahmen haben viele Menschen zudem eigene Initiative ergriffen und verdingen sich als Dienstleister – ob bei der Vermietung einer Wohnung, als Pizza-Bäckerinnen und Bäcker, als Rikschafahrer, Kunstschnitzerinnen und -schnitzer, Kosmetikerin, *Taxista* ... Schließlich hat sich die Lebensmittelversorgung am Straßenrand

(auch für Pesos) – parallel zu den freien Bauernmärkten – in den vergangenen zwei Jahren verbessert.

Das Steuersystem, um dessen Reform sich die Regierung seit einiger Zeit verstärkt bemüht, beginnt langsam zu greifen. Die Legitimität eines derartigen Systems (und dies ist die gesellschaftliche Schlüsselfrage) wird erst erreicht, wenn das System in hohem Maße gerecht ist und wenn der Staat im Gegenzug Leistungen für die Menschen übernimmt. Im Tourismus ist letzteres ansatzweise der Fall. Hier zahlen zum Beispiel die privaten Zimmervermieter ca. 100 US-Dollar pro Monat und Zimmer; dafür verfolgt der Staat die illegalen Vermieter. Auch im privaten Restaurationsbetrieb sowie im Taxibereich ist dies der Fall. Die illegalen Anbieter sind eindeutig in der Defensive. Auch für Baumaterialien und Nahrungsmittel in US-Dollar-Läden hat der Staat gesorgt.

Auf der anderen Seite ist die Gerechtigkeit des Systems nach wie vor verbesserungswürdig. Wenn zum Beispiel Zimmervermieter jährlich eine fixe Summe (in US-Dollar) abführen müssen, unabhängig davon, wie viele Nächte sie die Zimmer vermietet haben, treibt dies einige Anbieter wieder in den Betrug; wenn ein privater Bäcker, der seine Produkte gegen Pesos verkauft, seine Grundstoffe nur gegen US-Dollar beziehen darf, so schafft auch dies zum einen Unmut, legt zum anderen Wege in die Illegalität, in den Schwarzmarkt, nahe. Überhaupt ist der Schwarzmarkt noch groß – viele Grundstoffe und Produkte werden gestohlen und gegen US-Dollar verscherbelt.

Mit Bezug auf das Steuersystem argumentiert die Regierung in Havanna mit der Notwendigkeit der Kaufkraft- beziehungsweise Gewinnabschöpfung. Der Verdacht liegt jedoch überdies nahe, daß der Staat die Marktmechanismen soweit wie möglich kontrollieren will. *Fidel Castros* höchst berechtigte Befürchtungen zu den Folgen des ›ungehemmten‹ Marktes klingen allen Verantwortlichen in den Ohren ... Und in der Tat sind die sozialen Verhältnisse in den umliegenden marktbeherrschten Ländern teilweise katastrophal.

In Verbindung mit dem Tourismusboom ist auch die Rekonstruktion Havannas auf Touren gekommen (auch in den Oberzentren wie Holguin und Bayamo oder im Tourismuszentrum Baracoa). In der Hauptstadt sind schätzungsweise zehn Prozent der Häuser bereits renoviert oder werden derzeit (teilweise) aufwendig renoviert. Am Malecón hat zum Beispiel Spanien sein *Centro Culturel* aufgebaut – ein sicheres Zeichen dafür, daß Havanna und insbesondere der Malecón in fünf bis zehn Jahren wieder die Perle der Karibik sein können. Havannas Altstadt gehört seit Jahren zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Eine Tendenz zur Rückgewinnung der politischen Handlungsfähigkeit kann auch in der Verabschiedung des Februar-Gesetzes von 1999 zur Verschärfung der Strafen für Korruption, Kriminalität, Prostitution etc. gesehen werden. Die Art und Weise und die Schnelligkeit, mit der das Gesetz umgesetzt wurde und überall im Lande bekannt und diskutiert wurde, war beeindruckend. Die Vergleiche Kubas mit einem Polizeistaat, die in diesem Zusammenhang in der deutschen Presse aufgetaucht sind, müssen differenziert diskutiert werden. Die Probleme Kleinkriminalität und Prostitution haben – vor allem infolge der aktuellen sozialen Differenzierung – derartige Ausmaße angenommen, daß der Staat handeln muß.

Bleibende strukturelle Probleme

Die unterschiedliche Verfügung über US-Dollar ist ein Hauptproblem, das die Gesellschaft aktuell nachhaltig zu spalten droht; zunehmend auch dort, wo dies noch nicht geschehen ist (auf dem Lande). Die ›Zugangsrate‹ zu US-Dollar hat sich zwar von ca. zehn Prozent in 1996 auf schätzungsweise 50 Prozent in 2000 verbessert. Vor allem alte Menschen, teilweise Schwarze und Menschen auf dem Lande sind allerdings weiterhin ausgeschlossen. Das heute entstehende Maß an sozialer Differenzierung ist seit 1959 ein nahezu unbekanntes Phänomen in Kuba. Vor allem Kubas Jugend ist unter anderen Bedingungen aufgewachsen.

Die Außenhandelsbilanz, und damit tendenziell auch die Verschuldungssituation, hat sich trotz des wachsenden Bruttoinlandsprodukts verschlechtert. Die *terms of trade*, die Erlöse für Kubas Exporte, sind nach einem Anstieg von 20 Prozent zwischen 1993 und 1997 wieder enorm gefallen (bei Zucker um 40 Prozent). Da IWF und Weltbank aufgrund des US-Boikotts keine Kredite geben, muß das ›Risikoland‹ Kuba Geld auf dem Weltmarkt zu teilweise höchst ungünstigen Bedingungen leihen; Zinssätze zwischen 15 und 20 Prozent sind nicht unüblich. Kuba war Ende 1999 mit etwa 13 Milliarden US-Dollar bei westlichen Staaten und mit ca. sieben Milliarden US-Dollar bei Rußland verschuldet, und jährlich kommt ca. eine weitere Milliarde hinzu. Auf bestimmte Importe kann jedoch nicht verzichtet werden, wenn der Lebensstandard nicht noch weiter absinken soll. Die Versuche der Sanierung des Staatshaushaltes gehen derzeit häufig auf Kosten der Betriebe, denen die Subventionen gestrichen werden. Die Problematik wird also nur verlagert.

Die – zum Teil verdeckte – Arbeitslosigkeit ist hoch. Die offiziellen Statistiken sprechen von nur sechs Prozent. Im Zuge der langsamen Zurückdrängung der Krise sinkt sie allerdings.

Die kubanische Regierung versucht, die ökonomischen Probleme unter anderem durch einen forcierten Ausbau des Tourismus zu lösen, wodurch jedoch neue strukturelle Probleme entstehen. Bis Ende der achtziger Jahre ist der Tourismus unbedeutend, nachdem das Land bis 1959 eines der beliebtesten Ferien- und Zweitresidenzziele der reichen US-Bevölkerung gewesen ist. Inzwischen sind die Touristenzahlen von ca. 0,3 Millionen zu Beginn der neunziger Jahre auf ca. eine Million (1997) und ca. 1,8 Millionen (1999) gesteigert worden. Die Planungen sehen für das kommende Jahrzehnt gar einen Ausbau auf bis zu zehn Millionen Gäste vor. Die große Masse des Tourismus wird zwar in Touristenklaven gehalten und soll neben den bereits bestehenden Zentren (wie Varadero) zunehmend auf die Inseln des Landes verlagert werden – die sozialpsychologisch negativen Auswirkungen (kulturelle Überformungen, Entfremdung etc.) sind somit, verglichen mit anderen Ländern, begrenzt.⁷ Auch ist die Regierung dabei, die Wachstumssektoren Öko- und Kulturtourismus auszubauen. Diese sollen auch beschäftigungswirksam sein und somit die soziale Schere schließen helfen. Kubas Tourismus soll so tendenziell vom Billigtourismus wegentwickelt werden. Jedoch ist die ökonomische Abhängigkeit von einem Wirtschaftssektor grundsätzlich bedenklich.

Derzeit (2000) ist der Tourismus⁸ bei – ca. 100.000 direkt Beschäftigten – mit seinem Erlös von über einer Milliarde US-Dollar der größte

7 Zum Vergleich: Kuba hat zwei Millionen Touristinnen und Touristen bei elf Millionen Einwohnern; die Dominikanische Republik hatte Ende der neunziger Jahre acht Millionen Einwohner und empfing ca. 2,5 Millionen Touristen; für Jamaika lautete das Zahlenverhältnis 2,5 Millionen zu 1,8 Millionen; für die Bahamas 0,3 Million Einwohner und 3,5 Millionen Touristen. Allerdings kommen die Touristen auf den zuletzt genannten Inseln aus dem gleichen, dem marktwirtschaftlichen, Wirtschafts- und Sozialsystem.

8 Die aktuellsten Zahlen finden sich in *Granma International*, August 2000.

Devisenbringer des Landes und hat die Dollar-Überweisungen von seiten der Exil-Kubaner überflügelt. Die Erfolge sind unübersehbar: Sind 1995 noch 80 Prozent der Erlöse für ihrerseits devisenträchtige Bedürfnisse der Touristen (zum Beispiel Coca Cola, Fleischimporte etc.) aufgewandt worden, so hat sich dieser Anteil für das Jahr 2000 bereits auf 39 Prozent vermindert. Die Integration dieses Bereiches in die kubanische Binnenwirtschaft ist im vollen Gange, auch wenn hier sicherlich noch viele Reserven liegen. Die bereits bestehende Abhängigkeit Kubas vom Tourismus beweist die Tatsache, daß er heute 38 Prozent der Devisenverkäufe von Produkten des Landes erbringt.

Die Blockadepolitik der USA wird von uns nicht durchgehend als strukturelles Problem gesehen. *El bloqueo* wird rasch – vor allem auf seiten der mit Kuba solidarischen Linken – für nahezu alle Probleme des Landes verantwortlich gemacht.⁹ Man sollte die Blockade auch, gerade in der »Sonderperiode«, als sinn-, als identitätsstiftendes Moment der kubanischen Politik diskutieren. Das Embargo dient, bei allen von ihm hervorgerufenen und oben aufgezeigten Problemen, auch dazu, jene 60 Prozent der Bevölkerung »revolutionär« zu »begeistern«, die nach der Revolution geboren wurden ...

Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten

Im politischen Raum werden Parteien neben der *Kommunistischen Partei Kubas* (PCC) weiterhin nicht erlaubt. Der Gründer einer sozialdemokratischen Partei wurde erst 1999 verurteilt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Der Staat geht gegen vermeintliche wie wirkliche Dissidenten zum Teil massiv vor. Zugleich hat sich das Wahlverfahren zu den einzelnen politischen Instanzen in den vergangenen Jahren westlichen Demokratievorstellungen ein wenig angenähert: So können seit Mitte der neunziger Jahre auch Nichtmitglieder der PCC für die verschiedenen Volksvertretungen kandidieren. Dafür ist die Aufstellung durch Wohngebietsgruppen Voraussetzung. Es herrscht Religionsfreiheit.

Im Strafrecht besteht die Todesstrafe fort; sie wurde Anfang 1999 sogar auf weitere Bereiche ausgedehnt (auf Kindesmißhandlung, bewaffneten Raub sowie schwere Fälle von Drogenhandel). Insgesamt wurden 1999 13 Menschen hingerichtet. Die verschiedenen Ausreiseregulungen (über eine Einladung für bis zu 12 Monaten mit Rückreisemöglichkeit oder über die jährliche Auslosung von 20.000 Visa für die USA; 400.000 Menschen haben einen Ausreiseantrag gestellt) haben anscheinend geholfen, ein Großteil der inneren Spannungen abzubauen. Dennoch ist eine »normale« Ausreise bislang nicht möglich. Das bringt vor allem einige Intellektuelle dazu, sich als Dissidenten mit dem Ziel zu »profilieren«, dadurch die Ausreiselotterie zu umgehen.

Immer wieder wird man beeindruckt vom Niveau der Informiertheit unter den Menschen, selbst im abgelegensten Dorf. Sie wissen von den wichtigsten Entwicklungen der internationalen Politik, von den neuen Gesetzen in Kuba und auch von den rassistischen Übergriffen hierzulande ... Von Medienvielfalt kann jedoch nicht die Rede sein. Bei einer jüngst veröffentlichten vergleichenden Analyse der Bildungssysteme in verschiedenen Staaten Lateinamerikas¹⁰ liegt Kuba in allen Bereichen vorn. Auch im Zeitalter des US-Dollars betteln die Kinder – vor allem fernab der »Dollar-Zentren« – in aller Regel zunächst um Stifte ... Der

9 Die USA, insbesondere der CIA und die Organisationen der Exil-Kubaner führen mit Duldung der Behörden seit Jahrzehnten einen unerklärten Krieg gegen Kuba, und dies ist in der Bevölkerung sehr wohl bekannt und verankert. Viele Dutzend Mordanschläge wurden bis heute auf Präsident *Castro* verübt, der biologische Krieg gegen Kubas Landwirtschaft spricht auch Bände – vgl. auch das Interview von *Carlos Tablada*, in: *Neues Deutschland* vom 28./29. Oktober 2000.

10 Vgl. *ecos*, 3/1999.

international renommierte Autor *Miguel Mejides* bestätigt uns, daß es zum Beispiel in der Literatur weitgehende Freiheiten zur Kritik gibt. Offene Verfolgung existiert nicht, wofür nicht zuletzt seine Erzählungen ein Beweis sind. Daß der Staat dissidente, das heißt gesellschaftspolitische Grundlagen infragestellende Auffassungen in der Kultur nicht unterstützt, steht auf einem anderen Blatt. Auch Kubas Filmkunst, die sich nach den materiellen (und zeitweise auch zensurbedingten) Einschränkungen der vergangenen Jahre langsam erholt, sucht unter vielen Entwicklungsländern bis heute ihresgleichen.

Insgesamt scheint Kubas staatliche Administration bürokratisch-unbeweglich. Vergleiche mit Polizeistaaten verbieten sich indes. Allerdings scheint die sozialistische Demokratie stark verbesserungswürdig. Die Liberalisierungen der ökonomischen Kleinst- und Kleinstrukturen sowie die Neuerungen im Wahlrecht müßten begleitet werden von Prozessen der Demokratisierung und Dezentralisierung auf politischer und ökonomischer Ebene. Ein weiter wachsender Einfluß der Produzenten auf ihre Produktion sowie auf die Verteilung der Erzeugnisse ist offenbar notwendig. Jeglicher Ausverkauf des Landes, seiner Rohstoffe, Infrastruktur etc. ist dabei ebenso abzulehnen wie eine Privatisierung der ökonomischen Makrostrukturen, zumal die Dezentralisierung und Ansätze von Demokratisierung bereits erste ökonomische Erfolge vorzuweisen haben: Die Zahl der subventionierten, das heißt unrentablen Betriebe ist von immerhin 71 Prozent (1993) bis 1999 drastisch auf 20 bis 30 Prozent der Betriebe vermindert worden, die Subventionssumme fiel von 5,4 Milliarden Pesos auf eine Milliarde Pesos.

Die Forderung bestimmter Kuba-freundlicher Kreise nach der Zulassung bürgerlicher Parteien unterliegt einer Selbsttäuschung. Diese würden – eingedenk der Schaufensterfunktion der USA und der gewaltigen finanziellen und medienpolitischen Möglichkeiten der Exil-Kubaner – ein Ende der sozialistischen Staatsform herbeiführen. Das soziale System würde binnen kürzester Frist zerstört, der Ausverkauf des Landes würde auf die Tagesordnung gesetzt – und Kuba wäre wieder das »Bordell der USA«.

Was sonst noch auffällt ...

Beeindruckend für uns war und ist der selbstkritische Umgang mit den Problemen und Fehlern in der staatlichen Politik Kubas. Nur selten hat man zum Beispiel in den ›real-sozialistischen‹ Ländern Mittel- und Osteuropas etwas von Prostitution, von Korruption, Leistungsverweigerung, Normen-Betrug oder auch von der Verarmung der Älteren gelesen – geschweige denn von selbstkritischen Fehleranalysen und Maßnahmen, um diesen Problemen zu begegnen. Die teilweise harsche Selbstkritik fehlt beispielsweise in keiner der großen Reden *Fidel Castros*.

Übrigens ist die Persönlichkeit des *máximo líder* keineswegs so allgegenwärtig, wie zu vermuten wäre – wir sahen auf unseren Reisen erst fern von Havanna erstmals Bildnisse von *Fidel Castro*. Es gibt keine ›Castro-Straße‹, kein Standbild, nur ab und zu liest man ein Zitat an einer Wand oder Mauer. Der Staats- und Parteichef, der sich kurz vor dem Hereinbrechen des *período especial* offenbar mit Rücktrittsgedanken trug, verbittet sich ansonsten jeglichen Personenkult. Und dennoch ist *Castro* ohne Zweifel die identitätstiftende Persönlichkeit der kubanischen Politik.¹¹

11 Der Historiker *Rafael Licea Cisneros* vom *Instituto Superior Pedagógico »Frank País«* in Santiago de Cuba antwortete auf unsere Frage, ob *Castro* nicht ein Beispiel geben und abtreten solle, dieser wolle nur noch den *período especial* mit seinem Land durchstehen. Im übrigen glaube er fast, *Castro* sei für Kuba tot wichtiger als lebendig; und verwies auf die Persönlichkeit *Che Guevaras* und deren massenpsychologische Wirkung.

Es scheint in der Tat, daß die politische Führung des Landes durchlässiger ist als die der RGW-Staaten. Da die politische Klasse um *Fidel Castro* (nach *Rafael L. Cisneros*) hochgebildet, international erfahren und anerkannt ist, wird es ein Kuba nach *Castro* geben, vielleicht mit *Carlos Lage*, dem Ministerratspräsidenten, mit *Ricardo Alarcón*, dem Parlamentspräsidenten, mit *Felipe Pérez Roque*, dem Außenminister etc. Derzeit ist als Nachfolger *Fidel Castros* dessen – nicht überall geschätzter – Bruder *Raúl* nominiert. Der Nationalheld Kubas ist indes der Dichter (!) *José Martí*, Führer des zweiten Unabhängigkeitskrieges gegen Spanien (1895-1898). *Che Guevara* ist ebenfalls überall präsent.¹²

Auffällig sind auch die allgegenwärtigen Spuren der einst engen Verflechtung mit dem RGW. Ob es um die schlampige oder (in minder schlimmen Fällen) unästhetische Baugestaltung und -ausführung geht, ob es sich um die ›Arbeitsmoral‹ in staatlichen Betrieben (Dienstleistungen wie Industrie) oder um den Umgang mit Widrigkeiten, kleinen Ursachen, die sichtbar große Wirkung zeitigen werden, oder auch um den Umgang mit Gemeineigentum handelt, überall ist real-sozialistisches präsent ... Weitgehende Ausnahmen von diesem ›Ungeist‹ sind das »Projekt Kind« und das Gesundheitswesen. Wo die Eigenverantwortung Platz hat, sieht die Lage durchweg anders aus (zum Beispiel in privat geführten Autobahnraststätten, privaten Kneipen, Privattaxis etc.). Nicht zu vernachlässigen ist auch, daß ein großer Teil der Intelligenz Kubas auf Universitäten und Parteihochschulen der RGW-Länder ausgebildet wurde. Dies hat tiefe Spuren in der politischen Kultur hinterlassen.

Unübersehbar sind schließlich nach wie vor die Spuren der Versuche einer Industrialisierung Kubas durch die UdSSR und den RGW: Die lange Autobahn über ein Großteil der Insel, Betonwerke, das Gros des existierenden Fuhrparks (Traktoren, Lokomotiven, PKW, LKW etc.). Die Probleme der von Rußland nicht eingehaltenen Lieferverpflichtungen indes sind ebenso unübersehbar.

Die kubanischen Männer – der *Machismo* – sind schließlich ein Problem für sich. *Carlos Lage*, einer der anerkanntesten Politiker Kubas, hat unlängst in kleinerem Kreis, freilich nicht ohne ironischen Unterton, geäußert: »Kuba hat zwei Hauptprobleme: seine Männer und den *bloqueo* ...«. Tatsächlich gelten die kubanischen Männer nicht ohne Grund als arbeitsscheu (vor allem nach der Heirat), dem Alkohol zugetan und auch als brutal gegenüber Frauen. Viele gehen demonstrativ fremd, verlassen Frau und Kinder und zerstören so Familienzusammenhänge.

Das internationale Umfeld

Über mangelnde Medienaufmerksamkeit kann sich Kuba derzeit nicht beklagen. Bereits im Sommer 1996 hat Staats- und Parteichef *Fidel Castro* einen triumphalen Auftritt vor der UN-Weltgesundheitsorganisation (WHO). Seine vernichtende Kritik an den von der Marktwirtschaft verursachten katastrophalen sozialen Zuständen in vielen Ländern dieser Erde wurden mit stehenden Ovationen bedacht. Mitte Oktober 1998 nahm der spanische König *Juan Carlos* den Kommunisten *Castro* in die »Bruderschaft der Winzer von Porto« auf, und nur die lateinamerikanische Finanzkrise verhinderte, daß der Auftritt des kubanischen Staats- und Parteichefs auf dem ibero-amerikanischen Gipfel in Portugal das Medienereignis wurde.

12 Gleichwohl wird *Fidel Castro* mit Stolz im ganzen Land geachtet. Bei der UN-Ernährungskonferenz im November 1996 in Rom hat er, vom gesamten Volk daheim vor den Fernsehern beobachtet, den Entwicklungsländern der Erde ein weiteres Mal die Rechnung aufgemacht: Was ist Demokratie? Ein Leben in Abhängigkeit und mit großen sozialen Verwerfungen oder in Würde und Selbstbestimmung? Am Tag darauf empfing ihn der Papst.

Die USA (deren Geheimdienst CIA mittlerweile auch erkannt hat, daß Kuba keine militärische Bedrohung für die USA darstellt) geraten mit ihrer Kuba-Politik zunehmend in die Isolation. Beim panamerikanischen Gipfeltreffen im April 1998 fordern alle anwesenden 34 Staatshäupter, *Bill Clinton* natürlich ausgenommen, die Aufhebung der Isolation Kubas und seine Einbeziehung in die panamerikanischen Arbeitszusammenhänge. Die Dominikanische Republik nahm nach der Konferenz in Santiago die diplomatischen Beziehungen mit Havanna wieder auf, Guatemala ist dem bereits vorangegangen.

Ende April 1998 besuchte Kanadas Premierminister *Chrétien* (»In guten wie in schlechten Zeiten haben unsere Staaten den Dialog immer der Konfrontation vorgezogen.«) die Karibikinsel. Der stellvertretende Außenminister Frankreichs *Josselin* forderte Anfang Mai 1998 engere Beziehungen der Europäischen Union zur 11-Millionen-Insel. Bereits Monate zuvor hat das konservativ regierte Spanien eine Korrektur seiner nunmehr gescheiterten Isolationspolitik mit Kuba angekündigt. Mitte April 1998 schließlich lehnte die UN-Menschenrechtskommission sensationell erstmals die alljährlich von den USA eingebrachte (Philippika)Resolution zur Lage der Menschenrechte in Kuba ab; nur noch die EU-Staaten sowie die NATO-Anwärter Polen und Tschechien halten den USA die Treue. Bereits seit 1992 verurteilt die UN-Vollversammlung die US-Blockade gegen Kuba, zuletzt bei zwei Gegenstimmen ...

Neben den Feierlichkeiten um das Auffinden der sterblichen Überreste *Che Guevaras* sowie um seinen 30. Todestag im Jahre 1997 und seinen 70. Geburtstag im selben Jahr markiert der Papstbesuch zu Beginn 1998 einen weiteren Höhepunkt der internationalen Aufmerksamkeit um die Karibikinsel. Nicht nur die katholische Kirche in Kuba erfährt eine Stärkung ihrer Legitimation; die sozialistische Regierung selbst genießt eine gewaltige internationale Aufwertung.

Wichtig ist für Kuba nach dem Zusammenbruch der Bewegung der Blockfreien, daß die Isolation in Lateinamerika sich nach der Beendigung nahezu aller Militär- und autoritärer Regime in Lateinamerika enorm gelockert hat. Die lateinamerikanischen Staaten registrieren nach dem Ende ihrer *diez años perdidos*, des verlorenen Jahrzehnts der achtziger Jahre, die Entwicklung in Kuba sehr aufmerksam.

Seit Anfang 2000 wird auch in den USA über eine Lockerung des Embargos nachgedacht. Allerdings soll der kubanische Markt – unter dem Druck einzelner Lobbys – einseitig für US-Exporte im Agrar- und Medizinbereich geöffnet werden (natürlich gegen die außerordentlich knappen Dollars); der US-Markt bleibt kubanischen Waren und Dienstleistungen hingegen weiterhin verschlossen. Auch Kredite dürfen nach wie vor nicht von den USA nach Kuba fließen, so daß das sozialistische Land weiterhin horrenden Zinsen von 17 bis 20 Prozent am Weltkapitalmarkt bezahlen muß. Wie in den USA scheint Kuba auch in Deutschland sein Image als »Absturz kandidat« abgelegt zu haben. Nachdem die Bundesregierung das Land in die Hermes-Deckung deutscher Ausfuhren aufgenommen hat, hat der damalige Präsident des BDI *Henkel* Mitte September 2000 die deutsche Industrie vor dem Deutsch-Kubanischen-Wirtschaftsforum zu verstärkter Investitionstätigkeit aufgerufen – Kuba gehöre zu einem der aussichtsreichsten Märkte in der Karibik. *Willi Lemke*, Präsident der Kultusministerkonferenz, kündigte im Dezember 2000 ein Kulturabkommen mit Kuba an.

13 Wenn man sich nun die Frage stellt, was eigentlich der Unterschied zwischen einem Land wie beispielsweise Tunesien und Kuba, beide Länder ohne grassierende Armutsindizes, ist, so sehen wir darauf eine zentrale Antwort: Kuba und ein immer noch großer Teil seiner Bevölkerung verfolgen weiterhin ein *Projekt*. »La revolución« ist kein abgeschlossener Prozeß, sondern das Leben in Würde, die Überwindung des *período especial*, der Erhalt der sozialen Errungenschaften der Revolution, auch die Rückkehr zu relativem materiellem Reichtum wird als eine nationale, eben revolutionäre Sache angesehen. So sind die Bildungschancen (wie das Bildungsniveau!) und das Ge-

Ein Fazit

Natürlich können wir verstehen, warum die USA Kuba am liebsten von der Landkarte verschwinden lassen würden. Eine Modellwirkung Kubas¹³ könnte und würde, trotz der geschilderten neuen sozialpolitischen Probleme des Landes sowie der gravierenden Verschuldungsproblematik, einschneidende Folgen für die US-amerikanische Hegemonie in Lateinamerika insgesamt haben.

Was würde passieren, wenn die USA die geschilderten Beschränkungen gegenüber Kuba aufheben würden? Die Insel würde – nach einem vermutlich blutigen Bürgerkrieg (die Militanten unter den »Contras« und »Exilos« haben die Insel schon unter sich aufgeteilt) – gleichsam von nordamerikanischen Werten wie von US-Produkten überschwemmt werden. Das politische System des Sozialismus, die sozialen Errungenschaften Kubas, schließlich seine nationale Souveränität stünden zur Debatte.

Was könnte Kuba statt dessen tun?

Aus unserer Sicht muß die Demokratisierung, die sozialistische Demokratisierung des Landes, sowohl im Bereich der Ökonomie als auch der Politik als auch der Kultur, ernster genommen werden. Die Fehler der osteuropäischen Länder mit unbeweglichen ökonomischen Zentralstrukturen und mit der autoritären Bevormundung der Bevölkerung wären unbedingt zu vermeiden. Ferner kann es nicht allein darum gehen, quantitativ die Produktionszahlen der Jahre 1989/90 zu erreichen; die Ökonomie muß qualitativ verändert werden.¹⁴ Insbesondere für den derzeit mit großen Anstrengungen aufgebauten Tourismussektor kommt es darauf an, eigene Ressourcen in Ökonomie und Kultur stärker zu nutzen. Eine Politik des materiellen Anreizes müßte bei Betonung der Dezentralität verstärkt werden. Bei joint ventures wäre eine deutliche und offengelegte Grenzziehung gegen den Ausverkauf des Landes vonnöten. Zudem böte eine modellhafte Ökologisierung des Landes viele Chancen (durch Müllverwertung, Windkraft, Sonnenenergie, Fahrradpolitik etc.). Trotzdem bleibt der Agrarbereich ein Schlüsselsektor, der ausgebaut und modernisiert werden muß. Insgesamt muß die einheimische Produktion qualitativ besser werden. Nur dann kann irgendwann die demütigende Präsenz der US-Währung überwunden werden. All dies wird jedoch ohne Dezentralisierung und Demokratisierung kaum funktionieren.

Was kann von außen getan werden?

Anknüpfend an die beispielhafte Initiative des Trägers des Alternativen Nobelpreises, *Hermann Scheer* (MdB, SPD), zur Förderung der *Sozialenergie* sind insbesondere *Windkraftprojekte* aufgrund der naturräumlichen Ausstattung der Insel für Kuba von großer Bedeutung; die »Cuba-Si!«-Projekte zur – autarken – Rekonstruktion *Milcherzeugung* sind es ebenso. Alles, was auf der Nutzung eigener, kubanischer, Ressourcen (auch für den Tourismus) beruht (Primärenergie, Naturressourcen, Arbeitskräfte, deren überdurchschnittlich hohes Qualifikationsniveau, die gute Volksgesundheit etc.), sollte gefördert werden.¹⁵

sundheitsnetz auf dem Lande weiterhin genauso existent, auch nach den vergangenen fast zehn Jahren, wie in den großen Städten. Deshalb sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Kuba weitaus weniger ausgeprägt als in Tunesien, wobei der Tourismus und die Freigabe des US-Dollar-Umlaufs in Kuba einiges in Bewegung gebracht haben. Konkret hat die Dollarzirkulation die Unterprivilegierung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler deutlich gemacht. Da diese eben keinen Zugang zu den begehrten Devisen haben, sinkt derzeit die Zahl der Erstsemester an den Universitäten Kubas deutlich. Außerdem droht weiterhin ein »brain-drain« in Kubas Wissenschaft.

14 Umfassend widmet sich dieser Frage die kubanische Zeitschrift *Bohemia* (Nr. 7/2000).

15 Unsere konkrete (Marburger) Idee ist: *Fahrräder für Kuba!* Die Fahrradpolitik Kubas ist bislang kein strategisches Politikfeld. Dabei böte das vélo eine große Chance, aus vielen Abhängigkeiten (von Öllieferanten etc.) herauszukommen, beziehungsweise diese zu vermindern. Für uns ist »Fahrradpolitik« ein Ökologieprojekt, der Einsatz angepaßter Technik und darüber hinaus eine Möglichkeit, in Marburg ohne unnötige politische Reizfaktoren auf die Lage in Kuba aufmerksam zu machen. Mehr Informationen hierzu finden sich unter <http://staff-www.uni-marburg.de/~iafa/IAFA.HTL>